

Der Ältestenrat der Moskitia äußert sich zum 116 Millionen schweren BioClima-Projekt Nicaraguas, eingereicht beim Grünen Klima-Fonds, das über die Bank #BCIE kanalisiert werden soll, und erklärt es als "ohne Konsens und gegen die Interessen der [indigenen] Gemeinschaften" - hier ist das vollständige Kommuniqué.

AUS DEN INDIGENEN GEBIETEN DER NATION DER MUSKITIA VON NICARAGUA,  
AUTONOME REGION NORDKARIBIKKÜSTE [Región Autónoma Atlántico Norte]

### **Dritte Erklärung des Ältestenrates der Muskitia zum Jahr 2023**

Heute, am 24. Februar 2023, prangert der Ältestenrat der Muskitia öffentlich die nicht einvernehmlichen und den Interessen der Gemeinschaften zuwiderlaufenden Fortschritte bei der Bewirtschaftung der Ressourcen auf internationaler Ebene zur Abschwächung und Anpassung an den Klimawandel an, sowie einen Prozess der Förderung einseitiger Sanierung der Besiedlungssituation in den indigenen Gebieten, der die Pläne der Gemeinschaften, die seit Jahren die Invasionen in ihre Gebiete anprangern, nicht berücksichtigt.

Dafür gibt es folgende Gründe:

Erstens, daß die nicaraguanische Regierung keine wirksame Politik der Bürgerbeteiligung verfolgt, weil sie sich den Konsultationen innerhalb ihrer eigenen politischen Handlungsspielräume verschließt und keinen Dialog mit unabhängigen Entitäten führt, deren Ansätze eindeutig zugunsten der Gemeinden sind. Zwei Beispiele für diesen Mangel an Bürgerbeteiligung sind:

a) die Einsetzung von Autoritäten in den Gemeinden und Territorien, die der Regierungspartei nahestehen und nicht die legitime und breite Unterstützung der Gemeinden und Gebiete genießen;

b) die Feststellung des IRM [Internal Redress Mechanism des GCF] bei seinem Besuch im Juni letzten Jahres, daß die nicaraguanische Regierung die indigenen Gemeinschaften nicht ordnungsgemäß zu den Zielen, dem Umfang und den Risiken des vom Green Climate Fund (GCF) vorgelegten BioClima-Projekts konsultiert hat, sobald sie von einem „Prozess der Förderung der territorialen Regulierung“ spricht, der aber den Vorschlägen der Gemeinschaften fremd ist.

Zweitens haben die indigenen Gemeinschaften die Invasionen häufig und wiederholt angeprangert (obwohl der erste Konflikt über invadiertes Gemeindeland zwischen

Siedlern und indigenen Gemeinschaften in der nördlichen Karibik am 11. Februar 2004 stattfand); bis heute haben die Siedler Millionen von Hektar Wald in den indigenen Gebieten und im BOSAWAS-Reservat abgeholzt, sie haben gewaltsame Übergriffe gegen die indigene Bevölkerung um der gewaltsamen Enteignung ihres Landes willen verübt, wobei 67 Indigene ermordet, Dutzende verletzt und Hunderte von Familien vertrieben wurden, und der nicaraguanische Staat hat ihre Beschwerden ignoriert. Er hat die Verantwortlichen nicht strafrechtlich verfolgt. Und er hat sogar zugelassen, daß ein Umfeld der Bedrohung und des Risikos für die Verteidiger von Mutter Erde und der kollektiven Rechte ihrer Gemeinschaften geschaffen wurde. Wichtige Beispiele in unserer Geschichte sind die Angriffe von Siedlern auf die Tasba Raya-Gemeinden im September 2015 oder die Brandschatzung der Polo Paiwas-Gemeinde und die gewaltsame Vertreibung ihrer Bewohner im Oktober 2015 oder die Erlaubnis für Siedler, SIPBAA-Länder zu betreten, durch den Präsidenten des Territoriums im Jahr 2016 oder durch kommunale Autoritäten, Anhänger der Regierungspartei, Ende 2017. Diese und andere Vorfälle wurden angeprangert, aber die Autoritäten kümmerten sich nicht richtig um die Gemeinden. Sogar die Nationalpolizei in Bilwi sagte, daß sie aufgrund des Eigentumskonflikts nicht befugt sei, Beschwerden entgegenzunehmen".

Wir prangern das Folgende an und bringen es auf nationaler und internationaler Ebene zur Sprache:

Erstens, daß die Briefe der Kommunalregierungen von Li Lamni, Wangki Twi Tasba Raya, Twi Yahbra, Tuahka, Wangki Maya, Tasba Pri, Mayangna Sauni As sowie die der Mayangna-Nation, die an Herrn Yannick Glemarec, den Exekutivdirektor des Grünen Klimafonds, gerichtet sind, nicht den Willen der Gemeinschaften und Gebiete repräsentieren, die sie angeblich vertreten. Sie vertreten nicht den Willen der Gemeinschaften und Gebiete, die sie zu vertreten vorgeben, und zwar aus ganz bestimmten Gründen:

- Es handelt sich bei den meisten von ihnen um Autoritäten, die den Gemeinschaften und Gebieten von den politischen Strukturen der Regierung aufgezwungen wurden, und selbst die Mayangna-Gremien genießen nicht die volle Unterstützung ihrer Basis.
- Sodann wurden diese Einverständniserklärungen nicht mit den Gemeindeversammlungen der genannten Gebiete konsultiert. Die Gemeinden sind nicht einmal vollständig über das BioClima-Projekt informiert und befürchten, daß die Finanzierung der territorialen Regulierung ohne echte Garantien erfolgt, sie ihrer Gebiete beraubt und die kulturelle Kolonisierung unserer Völker vertieft.

Zweitens, daß die aktuellen Gerüchte über das Projekt der Landtitulierung hohe Risiken für die Gemeinschaften bergen, wenn die Umsetzungsmethodik nicht im Dialog mit den Gemeindeversammlungen entwickelt wird und der nicaraguanische Staat keine glaubwürdigen Zeichen des guten Willens zur Lösung dieses Problems als Maßnahme zur Stärkung der kollektiven Rechte der indigenen Gemeinschaften und ihres Projekts der Gemeindeautonomie anbietet. Einige Zeichen des guten Willens für einen glaubwürdigen Regulierungsprozess wären:

- die Ernennung neuer Autoritäten gemäß den Sitten und Gebräuchen der Gemeinschaften ohne jegliche politische oder sonstige Einmischung und unter voller Anerkennung der Ergebnisse der gemeinschaftlichen und territorialen Wahlprozesse;
- daß die scheidenden Autoritäten alle Unterlagen über die Genehmigungen aushändigen, die den Einzug von Siedlern in die Gebiete erleichtert haben, und daß sie strafrechtlich verfolgt werden, weil sie den Einzug von Siedlern in indigene Gebiete ohne die Zustimmung der Gemeindeversammlungen zugelassen haben;
- die strafrechtliche Verfolgung aller Siedler, die Verbrechen gegen die physische Sicherheit der Söhne und Töchter des Gebiets begangen haben, die Invasionen gefördert haben, die mit dem Land der Gemeinden Handel getrieben haben;
- das falsche Narrativ aufzugeben, wonach die Gemeinden Land verkauft oder gepachtet haben, und die für die Invasionen Verantwortlichen strafrechtlich zu verfolgen, auch wenn es sich um Kinder der Gemeinden handelt - einige Familien, die sich bereit erklärt haben, ihr Land zu pachten, haben dies unter Androhung und faktischer Enteignung durch gewalttätige Siedler getan; sie haben dies getan, weil die Gewalt enorm und über lange Zeit hinweg anhaltend war und es keine Gerechtigkeit gab;
- anzuerkennen, daß die Invasionen aufgrund der Straffreiheit für Verbrechen gegen Mutter Erde und kollektives Eigentum in den letzten 14 Jahren zugenommen haben;
- einen diagnostischen Prozess durchzuführen, um das Ausmaß der Entwaldung und der Schäden für die Gemeinschaften aufzuzeigen, als Grundlage für gerechte Entschädigungsprogramme, die hauptsächlich auf der Rückgewinnung und Kontrolle der jetzt besetzten Ländereien und auf der natürlichen und unterstützten Regeneration unserer Wälder basieren.

Drittens besteht die Gefahr, daß die historische Verantwortung für die Invasionen auf die Gemeinden abgewälzt wird, da die Vertreibung aller Siedler, von denen einige große Investitionen in unseren illegal besetzten Gebieten getätigt haben, mit hohen politischen und wirtschaftlichen Kosten verbunden wäre. Es liegt in der Verantwortung der Regierung, Lösungen für dieses komplexe Problem zu finden, ohne das Recht der Gemeinden auf eine Landtitelvergabe nach ihren eigenen Vorstellungen und Interessen zu beeinträchtigen.

Viertens stehen nicht nur die Eigentumsrechte der Gemeinschaften auf dem Spiel, sondern auch die Wälder und die biologische Vielfalt, die wir seit Hunderten von Jahren in unseren Gebieten gepflegt und erhalten haben. Unsere Bräuche und Traditionen haben es ermöglicht, daß sich unsere Wälder und die biologische Vielfalt nach extremen klimatischen Ereignissen wie Wirbelstürmen oder nach Zeiten intensiven Extraktivismus wie der Enklavenwirtschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erholt und bewahrt haben.

Die Legalisierung von Invasionen im Rahmen eines Pachtvertrags würde nicht nur Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen Mutter Erde legitimieren, die Schaffung sozialer, rechtlicher und wirtschaftlicher Grundlagen für die kulturelle Kolonisierung unserer Gebiete verhindern, sondern auch die endgültige Änderung der Landnutzung von Wald zu Wald und die Zerstörung unserer Artenvielfalt zementieren.

Verabschiedet in der Stadt Bilwi, RAAN, am 24. Februar 2023.

Wetman Salgado

Wetman Salgado  
Primer vocal

Baldicio Rosevelth

Baldicio Rosevelth  
Rep. Territorio Wanky Twi Tasba Raya.

608-240750-0004E

Bertilda Simons

Bertilda Simons  
Asesora

607-300548-0000T



Rev. Álvaro Cirilo Wilson  
Anciano Mayor

607-220941-0001R.

Welcome Raymundo

Welcome Raymundo  
Segundo Anciano Mayor.

607-241259-0003U



Salomón Ramírez Mora  
Secretario General

608-211056-0000F

Juez de la nación Masketia

Lorena Macoben

Lorena Macoben  
Segunda Secretaria

608-030760-0002C.



Wences Lao Labonte  
Fiscal.

Wilfredo Thomas  
Miembro.